

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Die Konjunktur im Malergewerbe.

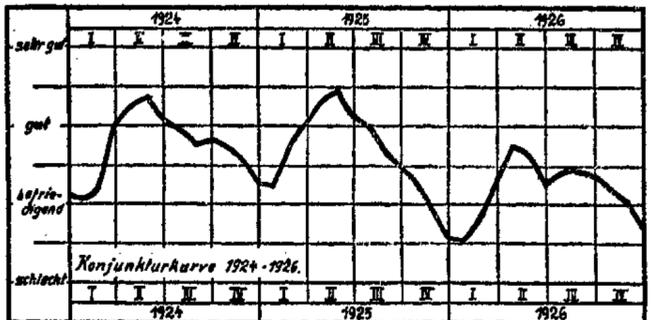
Die Konjunkturforschung ist ein Kind der neueren Zeit und ist geboren aus dem Bestreben, die Ursachen und die Gesetzmäßigkeit zu erkennen, die zu den Schwankungen im Wirtschaftsleben führen. In der Nachkriegszeit sind daher fast in allen Ländern Konjunkturforschungsinstitute errichtet, so in Deutschland im Sommer 1926 das „Deutsche Institut für Konjunkturforschung“ in Berlin, in England im März 1926 das „Industrial-Institut“, während Amerika schon seit beinahe 20 Jahren an der Harvard-Universität eine besondere Abteilung zu dem genannten Zwecke unterhält. Selbst auf internationaler Basis hat man in Genf dem Internationalen Arbeitsamt einen gemeinsamen „Ausschuss für Krisenforschung“ beigegeben. Das Ziel der Konjunkturforschung ist, durch das Erkennen der Krisenursachen die Mittel zur Beseitigung der Krisen selbst zu finden und, wie es in den Satzungen des englischen Instituts erfreulich klar zum Ausdruck kommt: „Die Regelmäßigkeit in der Beschäftigung der Arbeitskräfte zu sichern.“

Der Erreichung dieses Zieles soll auch die von unserer Organisation allmonatlich erfolgende Konjunkturerhebung dienen. Sie wird es im Zusammenhang mit dem Gesamtkomplex der Konjunkturforschung allerdings nur in bescheidenen Grenzen tun können. Es ist zwar nicht schwer, auch ohne jede Erhebung einfach aus der Erfahrung heraus festzustellen, daß im Malergewerbe die Sommermonate eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit bieten als die Wintermonate, und daß das Malergewerbe einen ausgesprochenen Saisoncharakter trägt. Kein Zweifel dürfte auch darüber bestehen, daß infolge der veränderten Wohnungsverhältnisse der Nachkriegszeit auch der Saisoncharakter des Malergewerbes eine Verschiebung erfahren hat. Während man vor dem Krieg in den Sommermonaten mit einer fast regelmäßigen Konjunktur rechnen konnte, die ihre Höhepunkte zu den Umzugsterminen hatte, ist das letztere Moment nach dem Krieg vollständig in Fortfall gekommen. Unter normalen Verhältnissen hätte eine wenigstens in den Sommermonaten gleichmäßige Beschäftigung die Folge sein müssen. Statt dessen aber zeigt uns unsere Konjunkturkurve ein entschieden anderes Bild.

Wir erheben keinen Anspruch darauf, unsere Konjunkturkurve als so genau zutreffend zu bezeichnen, daß auch nicht die geringste Abweichung von anderen Forschungsergebnissen möglich wäre. Wir haben selbstverständlich nur einen bestimmten Kreis von Betrieben in unsere Umfragen einbezogen, und zwar 150 Betriebe aus 46 Orten, wobei nach Möglichkeit Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe Berücksichtigung gefunden haben. Im Durchschnitt berichten 130 Betriebe aus 40 Orten. Die seit 1924 durchgeführte Berichterstattung über die Lage dieser Betriebe gibt uns, da sie stets die gleichen Betriebe erfaßt, ein annähernd richtiges Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in unserem Gewerbe. Als Maßstab zur Beurteilung der Konjunktur dient die Gliederung in „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“ und „schlecht“ beschäftigte Betriebe. Unter Beachtung sowohl des Anteils der Betriebe wie auch der Beschäftigten in den einzelnen Gruppen lassen sich der Beschäftigungsgrad und damit der Konjunkturstand in den einzelnen Monaten feststellen und Vergleichsmöglichkeiten schaffen.

Die Kurve unseres Schaubildes beginnt mit dem Januar 1924, dem Beginn unserer Konjunkturerhebung. Die über die Jahre 1924 bis einschließlich 1926 aufschlußgebende Linie zeigt besonders augenfällig den ausgeprägtesten Saisoncharakter unseres Gewerbes. Viel mehr ausgeprägt, als er jemals in der Vorkriegszeit zu finden war. Die Konjunktur erreicht in der Mitte des zweiten Quartals, also im Monat Mai der Jahre 1924 und 1925, nach einem steileren Anstieg den höchsten Stand. Nicht so rapid wie der Aufstieg, aber doch unaufhaltsam senkt sich dann die Kurve bis zum Jahreschluß; nur in der Mitte des 3. Quartals 1924 für kurze Zeit ungefähr auf gleicher Höhe bleibend. Besonders tief liegt die Kurve im Winter 1925 auf 1926. Die allgemeine Wirtschaftsdpression zeigt

sich besonders daran sehr deutlich, daß sie auch im Verlauf des ganzen Jahres 1926 keine Konjunktur im Malergewerbe aufkommen ließ. Die Kurve des letzten Jahres unterscheidet sich von denen der Vorjahre aber nicht nur durch ihren außergewöhnlich tiefen Stand, sondern zeigt auch, nachdem zu Ende des 2. Quartals sich die Kurve stark nach unten senkt, ein erneutes Steigen, das fast bis zur Höhe des Monats Mai reicht, ohne aber längeren Bestand zu haben. Ganz unzweideutig zeigt die Kurve der drei Jahre, daß die sich früher auf die Monate vom April bis Oktober erstreckende Saison heute für das Malergewerbe auf sehr kurze Zeit zusammengedrängt ist, so daß sich in dieser kurzen Zeit ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar macht



und dann selbst berufsfremde Arbeiter nicht selten in größerer Zahl Eingang finden. Für den größten Teil des Jahres sind dann nicht nur die weniger leistungsfähigen Ungelernten überflüssig, sondern auch eine erschreckend hohe Zahl von Facharbeitern ist oft monatelang auf den Arbeitsnachweis angewiesen.

Die vorstehende Konjunkturkurve läßt klar und deutlich den Verlauf der zurückliegenden drei Jahre erkennen. Sie erfüllt aber auch für die Zukunft ihren Zweck, und darin liegt der Sinn aller Forschung, daß unsere Erkenntnisse mit dazu beitragen, die Arbeitsverhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe so zu gestalten, daß eine größere Regelmäßigkeit in der Beschäftigung der beruflichen Arbeitskräfte in greifbare Nähe gerückt wird. Durch unsere Bestrebungen um die Arbeitsbeschaffung sind wir auf dem besten Wege, das bestehende Vorurteil gegen die Ausführung von Malerarbeiten im Winter zu beseitigen.

Das Ergebnis unserer Konjunkturerhebung für den Monat Dezember führt, wie auch aus dem Schaubild ersichtlich, zu einer weiteren Senkung der Kurve. Es berichteten aus 40 Orten 130 Betriebe mit 3428 Beschäftigten. Als „sehr gut“ beschäftigt wurde kein Betrieb gemeldet. Gut beschäftigt waren 9 Betriebe (6,9%) mit 305 Beschäftigten (8,9%), gegen 15 beziehungsweise 25,3% im Vormonat. Die Zahl der befriedigend beschäftigten Betriebe fiel von 72 auf 63, oder von 54,2 auf 48,5%. Dagegen erfuhr die Beschäftigten dieser Gruppe eine Zunahme und stiegen von 1930 auf 2193 oder von 49,4 auf 64,0%. Schlecht beschäftigt waren 58 Betriebe (44,6%) mit 930 Beschäftigten. Im Vormonat zählten wir in dieser Gruppe 37 Betriebe mit 605 Beschäftigten. Das Gesamtbild zeigt eine erhebliche Verschlechterung, entspricht aber dem auch in den Dezembermonaten der Vorjahre regelmäßig festgestellten Konjunkturrückgang.

Den von 52 Betrieben im November vorgenommenen 374 Neueinstellungen stehen im Berichtsmonat nur 263 aus 39 Betrieben gegenüber. Dagegen stieg die Zahl der Entlassungen sehr erheblich, und zwar von 565 auf 867. Stellt man aber die Zahl der Entlassungen im Monat Dezember des Jahres 1925 dagegen, die 1204 betrug, und nimmt außerdem auch die Zahl der damals als beschäftigt gemeldeten Kollegen, so ergibt sich daraus die Feststellung, daß die Konjunkturverhältnisse im Dezember 1926 unzweifelhaft schlechter sind als im Dezember 1924, aber scheinbar immer noch etwas über dem Stand vom Dezember 1925 liegen. Ueberstunden wurden von vier Betrieben mit 168 Beschäftigten gemeldet, darunter ein

Betrieb mit 90 Mann, die mehr als eine Woche lang täglich bis 9 Uhr abends arbeiteten. Es bedurfte erst des energischen Eingreifens unserer örtlichen Verwaltung, um diesen Uebelstand zu beseitigen. Kurzarbeit meldeten 19 Betriebe mit 188 Beschäftigten. In einigen Fällen wird aber auf die schon in Aussicht genommene Rückkehr zur normalen Arbeitszeit und die Wiedereinstellung entlassener Kollegen hingewiesen. An Lehrlingen wurden 600 gezählt, die sich auf 117 Betriebe verteilen. Nicht weniger als 17,5% aller vom Bericht erfaßten Beschäftigten sind Lehrlinge.

In den für unsere Lackiererkollegen in Frage kommenden Industriezweigen hat sich die Beschäftigungslage nur wenig geändert. Die aus einzelnen Wirtschaftsbereichen gemeldeten neueren Aufträge, wie in der Waggon- und Maschinenindustrie, haben infolge der Vorbereitungsarbeiten den Arbeitsmarkt für Lackierer noch nicht wesentlich beeinflussen können. In der Automobilindustrie zeigt sich eine stetige Besserung.

Die Gewerkschaften als gesellschaftliche Macht.

Als vor kurzem der jetzige Reichswirtschaftsminister Curtius die Gewerkschaften zu sich bitten ließ, um im Stadium der Regierungsbildung mit ihnen über ihre Forderungen und andere Wirtschaftsfragen zu sprechen, erhob sich teils ein Sturm der Entrüstung, teilweise sah man diesen Schritt als vollständig unnütz an. Selbst demokratische Organe, wie das „Berliner Tageblatt“, gelangten zu dem Standpunkt, daß die Verhandlungen des Herrn Curtius mit den Gewerkschaften zwecks Bildung einer neuen Regierung einen Umweg bedeute. Angesichts dessen dürfte es sich lohnen, einmal die Frage zu untersuchen, ob es ein außergewöhnlicher Schritt ist oder einen Umweg bedeutet, wenn der zukünftige Leiter der Regierung eines großen Reiches vorher mit den Gewerkschaften eine Aussprache pflegt.

Eine Uebersicht über die Struktur der deutschen Wirtschaft zeigt uns, daß Deutschland ein industriell hochentwickeltes Land ist. Ungefähr drei Viertel der Bevölkerung sind gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt. Es ist durchaus nichts Ungewöhnliches, sondern eine ganz natürliche Erscheinung, daß diese große Masse der Bevölkerung, wenn sie intellektuell nur einigermaßen regsam ist, eine gesellschaftliche Macht von nicht geringer Größe darstellen muß. Nun bildet allerdings ein regelloser Haufen von Menschen noch keine Macht. Aber wenn Organisationen vorhanden sind, die wie die Gewerkschaften Repräsentanten dieser großen Masse sind, dann ist es ganz in der Ordnung, wenn ein Staatslenker, bevor er das schwierige Amt übernimmt, sich mit diesen Massenorganisationen in Verbindung setzt. Weil weder rechts noch links im Parlament eine Mehrheit vorhanden ist, sind die politischen Verhältnisse gegenwärtig nicht sehr rosig. Man könnte hier die Worte von Karl Marx in Anwendung bringen, die er in seinem Buche „Der achtzehnte Brumaire“ über das Frankreich nach 1848 prägte: „Wenn irgendein Geschichtsausschnitt grau in grau gemalt ist, so ist es dieser. Menschen und Ereignisse erscheinen als umgekehrte Schlemihle, als Schatten, denen der Körper abhanden gekommen ist.“ Wir glauben, daß ähnlich auch die gegenwärtigen Zustände in Deutschland sind.

Man kann es also einem zukünftigen Reichskanzler durchaus nicht verdenken, wenn er sich mit wirklichen Machtfaktoren, wie es die Gewerkschaften sind, vorher ins Benehmen setzt. Herr Curtius ist Mitglied der Volkspartei und als solcher nicht besonders für die Arbeiterklasse angenommen. Wenn er diesen Schritt tat, dann müssen ihn gewichtige Gründe dazu bewogen haben. Daß die Fühlungnahme des Herrn Curtius mit den Gewerkschaften in gewissen Kreisen als ein Verbrechen betrachtet wurde, lehrt ein Blick auf die Unternehmerpresse. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, eines der übelsten Organe ihres Schlags, widmet diesem Vorfall einen Leitartikel, worin es zum Schluß heißt:

„Was geht die Gewerkschaften die Regierungsbildung an? Diesen Organisationen ist man im nachrevolutionären Deutschland schon viel zu viel entgegengekommen. Man hat sie bei vielen Gelegenheiten um ihre Meinung gefragt, bei denen es ganz unnötig war. Daher ist ihnen denn auch der Ramm so geschwollen. Daher mischen sie sich neuerdings in viele Angelegenheiten, die sie gar nichts angehen. Ihr Selbstbewußtsein ist im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl gestiegen. Was ihnen an Mitgliedern verloren ging, und das war in den letzten Jahren nicht wenig, das hat man ganz unnötigerweise durch Stärkung ihrer Monopolstellung und damit ihres Selbstbewußtseins wieder gutzumachen versucht. Es wäre die höchste Zeit, wenn sie endlich auf ihre wahre Bedeutung

Schritte gemacht worden; sie wurden auch seitens der Stadtverwaltung wesentlich dadurch gefördert, daß die Bevorschussung von Bauvorhaben, die Typengrundrisse und Normenmaterialien aufzeigen, in bevorzugter Weise erfolgte.

Gewerkschaftliches

Hermann Eichhorn, der Fachgruppenobmann der Glaser-Vorstand des Baugewerksbundes, ist mit Beginn des Jahres in den Ruhestand getreten. 1900 wurde der Sitz des Baugewerksbundes von Wiesbaden nach Karlsruhe verlegt und Eichhorn, der seit Jahren die dortige Ortsverwaltung leitete, zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Als später der Verbandssitz nach Leipzig kam, brachte Eichhorn das Opfer, von seinem geliebten Karlsruhe zu scheiden, um nach dem Anschluß der Glaser an den Baugewerksbund nochmals sein Domizil zu wechseln und nach Hamburg zu ziehen. In der Geschichte des Baugewerksbundes wird der Name Eichhorn immer einen guten Klang behalten. Wir wünschen ihm, der nie ein Freund der Traurigkeit war, noch einen schönen Lebensabend.

Die Buchdrucker nehmen den Kampf auf. Im Buchdruckgewerbe ist eine Lohnbewegung zu Ende gegangen, die ergebnislos verlief. Die Unternehmer lehnten jedes Entgegenkommen ab und das Zentrallichtungsamt fällt einen Schiedsspruch, der den Forderungen und Wünschen der Arbeiter nicht im geringsten entgegenkam. Die beteiligten Gewerkschaften erlassen jetzt einen Aufruf an die Arbeiter im Buchdruckgewerbe, worin es heißt: „Weder die allmähliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre noch die von den Unparteiischen selbst anerkannte, konsolidierte Lage des Buchdruckgewerbes rechtfertigen eine derartige Stellung, die sie die Unparteiischen in ihrer Begründung angenommen haben. Das Vertrauen der Arbeiter auf eine gerechte unparteiische Beurteilung der wirtschafts- und lohnpolitischen Erfordernisse ist dadurch aufs Schmerzlichste erschüttert worden. Deshalb können die Vertreter der im Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften diesem Schiedsspruch ihre Zustimmung nicht geben. Diese Sachlage zwingt die Gewerkschaften zur Erreichung von Vorbeugungsmaßnahmen, um der Niederdrückung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu begegnen, um so mehr, als in wenigen Wochen erneute Verhandlungen über unser Tarifverhältnis geführt werden müssen, die die Arbeiter für eine noch schwierigere Situation stellen werden.“ Bei dieser Gesamtlage hält die Arbeitervertretung die Erhebung von Extrabeiträgen für notwendig und erwartet von den Organisationsvorständen, daß sie die erforderlichen Beschlüsse fassen.“ Unterdessen ist der Schiedsspruch, obwohl er von allen Arbeiterorganisationen abgelehnt war, vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Es ist ja nicht das erste Mal, daß man an den zuständigen Stellen des Reiches dem leistungswidrigen Willen von Unternehmerseite gehorcht und man darf sich jetzt, wo der Kuhhandel mit der Regierungsbildung mit den Rechtsparteien, den geschworenen Feinden der Arbeiter, noch im vollen Gange ist, über die Gefügigkeit gegen die Unternehmer des graphischen Gewerbes nicht wundern. Man scheint sich dort eben alle bereits sehr stark zu fühlen, wenn man der graphischen Arbeiter, die doch über feste und starke Organisationen verfügt, den Fehdehandschuh so offensichtlich hinwirft. Diese Offenheit kann nur begrüßt werden, zeigt sie uns doch, was wir von der auf Um- und Schleichwegen aus Mider gekommenen Rechtsregierung zu gewärtigen haben. Wenn es der wirtschaftlichen Not und den ununterbrochenen Mahnungen der erfahrenen Gewerkschaften obliegen nicht gelungen ist, die Arbeiter zur Einigkeit und rüderlicher Solidarität zusammenzubringen, so wird das von der übermütig geschwungenen Peitsche der geeinten Reaktion von Marx bis Westarp gesehen müssen. Dem Buchdruckgewerbe ist eine Zeit von wenigen Wochen gesetzt. Verstehen die Arbeiter ihre Zeit zu nutzen, so wird ihnen der Sieg über sein und sie werden dann durch diesen Sieg den andern Arbeiterkategorien das zum Teil geschwundene Selbstvertrauen und den Glauben an die Kraft der Organisation wiedergeben.

Der Schiedsspruch für die badische Textilindustrie vom 1. Januar sieht eine Erhöhung der Textilarbeiterlöhne um 8 % für die Tagelohnsätze und um 6 % für die Akkordlöhne vor. Die Kündigungsfrist ist auf den 1. Oktober 1927 festgesetzt worden. Sollte eine zehnjährige Mietserhöhung eintreten, kann der Tarif schon am 1. August kündigt werden. Die Erlösungsfrist der Vertragsparteien läuft bis zum 29. Januar.

Sozialpolitisches

Ueberstundenwesen allerhöchster Art. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Magdeburg hat in der Zeit vom 13. bis 18. Dezember 1926 eine Erhebung über die in den dortigen Betrieben geleisteten Ueberstunden veranstaltet. Die Umfrage ergab sich auf 538 Betriebe, davon 400 Kleinbetriebe und 138 Industriebetriebe. Das Ergebnis der Umfrage ist geradezu erschreckend. In dieser einen Woche wurden in den erfaßten 538 Betrieben von den 11603 beschäftigten Arbeitern 49 945 Ueberstunden geleistet. Wohlgeachtet Ueberstundenarbeit, die über die jeweilige normale Arbeitszeit von teilweise 53 und 54 Stunden die Woche hinausgeht. Die Gesamtzahl der über die achtundvierzigstündige Arbeitswoche hinaus geleisteten Ueberstunden würde für 11603 beschäftigte Arbeiter 107 960 betragen. Der „Vormärts“, dem wir diese Angaben entnehmen, warf angesichts einer derartigen trassen Ueberstundenwirtschaft mit Recht die Fragen auf: Wo bleiben da die Gewerbeaufsichtsbeamten? Wo bleibt der Staatsanwalt? Was sagt der Reichsarbeitsminister zu diesem Stand? Wenn die Mehrarbeit nicht geleistet worden wäre, hätten nicht weniger als 2250 Arbeiter, das sind 20 % der Beschäftigtenzahl, mehr beschäftigt werden können und die Arbeitslosigkeit hätte eine wesentliche Milderung erfahren.

Die schwere Kunst des Regierens wird dem deutschen Volke an der Schwierigkeit exemplifiziert, die es den maßgebenden Persönlichkeiten macht, eine neue Reichsregierung

Eine Regierung des Bürgerblocks.

Der einzige Vorteil der neuen, unter so schwierigen und eigenartigen Verhältnissen zustandekommenen Reichsregierung ist, daß sie eine reinliche Scheidung der Geister herbeiführen wird. Die Parteien, die sich nach Beendigung des Krieges zu einer Namensänderung veranlaßt sahen, um ihre Sünden aus der Zeit vor dem Kriege vergessen zu machen, haben die Maske wieder beseitigt. Sie fühlen sich im Bunde mit dem ewig wankelmütigen Zentrum stark genug, auch alle Rücksichten auf das Volk fallen zu lassen, um eine Reichspolitik gegen die Arbeiter machen zu können. Die gewaltige Masse der politisch und gewerkschaftlich gespaltenen und in sich selbst uneinigen deutschen Arbeiterschaft wird auf neue erfahren, daß alle ihre Forderungen Illusionen sind, deren Beratung solange zurückgestellt werden muß, bis alle Wünsche des Westbürgerblocks erfüllt sind oder bis sich die ganze Arbeiterschaft in Stadt und Land, in der Industrie, im Handwerk und in der Landwirtschaft zu einer Phalanx zusammenschließt, an der dieser Bürgerblock elend zerbrechen wird. Die Gewerkschaften werden aber trotz der Zusammen-

setzung dieser sogenannten republikanischen Regierung kein Jota von ihren Forderungen ablassen. Nun sind klare Verhältnisse geschaffen, nun hat es sich gezeigt, daß das Bürgertum reaktionär ist durch und durch. Die Erkenntnis dieser Tatsache wird dazu beitragen, daß sich auch die Arbeiterschaft wieder mehr auf ihre großen Aufgaben besinnt und sich zur Abwehr der reaktionären Gefahren zusammenschließt. Das Sammelbecken dieser Abwehraktionen müssen unsere freien Gewerkschaften sein. Sind unsere Reihen geschlossen, dann sind wir stark genug, alle Angriffe im Keim zu ersticken. Beim Schreiben dieser Zeilen ist noch nicht bekannt, wie die einzelnen Ressorts in der Bürgerblockregierung besetzt werden. Aber darauf kommt es gar nicht an; soweit Namen genannt sind, zeigen sie, daß das Volk dieser Regierung alles zutrauen darf. Deshalb muß ein Widerstand organisiert werden, daß den Herren Hören und Sehen vergeht. Es muß ihnen gezeigt werden, daß Deutschland nicht für den Faschismus reif ist. Alleans Werk gegen den Westbürgerblock! Stellt Euch zum Kampf!

zusammenzubringen. Zwar ist es der verflochtenen Regierung noch gelungen, einen wichtigen Staatsakt zu vollziehen, indem sie unsern Diplomaten den blauen Staatsfrock als Amtskleidung verliehen hat. Aber eine andere fast ebenso wichtige Aufgabe hat sie nicht mehr lösen können, und es muß als ein Glück empfunden werden, daß sie ihrer, zur Zeit noch im Schoße der Zukunft ruhenden und mit so starker Geburtswehen an das Licht der Welt zu bringenden Nachfolgerin einen dahingehenden Gesekentwurf hinterlassen hat. Es ist nämlich in weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes schon lange als ein fühlbarer Mangel empfunden worden, daß von der deutschen Republik weder Titel noch Orden verliehen werden können. Nach der Reichsverfassung (Artikel 109) können nämlich Titel nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen. Und wenn die neue Regierung endlich zustandekommen und aus so vernünftigen Leuten zusammengesetzt ist, die der Verleihung von Titeln und Orden keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten gesonnen sind, dann wird es diesen Leuten auch noch schwer gemacht werden, die zu einem verfassungsändernden Gesek notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu erlangen. Und es steht doch fest, daß die Titelsucht und Knopflochschnitzerei in Deutschland fast wieder ebenso stark grassieren, wie es in gewissen Kreisen in der glorreichen Vorkriegszeit der Fall gewesen ist. Wie in andern Angelegenheiten hat Bayern auch in dieser Frage schon den Anfang gemacht und hat mit souveräner Mißachtung der Reichsverfassung schon seit 2 Jahren Titel und Orden wieder eingeführt, wonach sogar einfache Arbeiter „Landesarbeiterrat“ werden können. Man hofft damit vielleicht wieder ein Gegengewicht gegen die Unzufriedenheit wegen schlechter Einkommensverhältnisse zu schaffen, wie man es früher mit mehr oder weniger großem Erfolg mit den Beamten gemacht hat. Man kann über den amerikanischen Autokrat Genry Ford denken wie man mag, einen gesunden Sinn für die realen Lebensnotwendigkeiten kann man ihm nicht abprechen. Es ist deshalb interessant, seine Ansicht über Titel und Orden zu hören, die er wie folgt zum Ausdruck brachte: „Ein Titel kommt nicht selten einem Abzeichen gleich mit dem Wahlspruch: Inhaber dieses hat nichts anderes zu tun, als sich selbst für bedeutend und alle übrigen für minderwertig zu halten! Leider hat ein Titel heute nicht nur für den Träger, sondern auch für die Mittwelt nachteilige Folgen. Wohl die meiste persönliche Unzufriedenheit auf dieser Welt entspringt der Tatsache, daß die Titel- und Würdenträger in Wahrheit nicht immer die eigentlichen Führer sind. Jeder ist bereit, den geborenen Führer anzuerkennen. Stößt man auf einen wirklichen Führer, der zugleich Inhaber eines Titels ist, so wird man sich bei jemand anderem nach seinem Titel erkundigen müssen. Er selbst trägt ihn nicht zur Schau.“ Diesen Aeußerungen ist nun eigentlich nichts mehr hinzuzufügen und wir beschränken uns darauf, die Ansicht eines bürgerlichen Presseorgans, der „Frankfurter Zeitung“, noch anzuführen, die dem vorliegenden Gesekentwurf, der die Sehnsucht nach einem „Piepmak im Knopfloch“ zu erfüllen gedenkt, folgendes Schicksal empfiehlt: „Kommt der Entwurf überhaupt in den Reichstag, dann müßte er in einem allgemeinen Gelächter untergehen. Ein lustiges Begräbnis, das wäre doch mal was anderes!“ Wir sind derselben Ansicht, wollen aber nicht versäumen, an diese spaßhafte Abfertigung, die nach dem Grundsatz „wenn Lächerlichkeit töten würde“ abgefakst ist, noch in allem Ernste eine dringende Mahnung zu hängen. In Deutschland liegen Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Arbeitskräfte brach. Wie durch Erhebungen erwiesen ist, werden Woche um Woche in mehr als ausgedehntem Maße Ueberstunden über Ueberstunden angeordnet, geleistet und von der Regierung geduldet. Will sich die kommende Regierung nicht der Lächerlichkeit preisgeben, dann laßt sie den übernommenen Gesekentwurf über Titel und Orden in der Versenkung verschwinden und wendet alle ihre Kraft daran, das von den Gewerkschaften geforderte Notgesek über die Arbeitszeit durchzusetzen. Dann erfüllt sie nicht nur eine nationale Pflicht, sondern zeigt auch, daß sie sich alle Mühe geben will, die schwere Kunst des Regierens mit den dringenden Nöten des Volkes in Einklang zu bringen. Wir erwarten ernsthafte Taten.

Arbeiterversicherung

Mängel im Krankenversicherungsgesek.

Wir haben schon in Nummer 25 des vorigen Jahrganges den Fall des Ladirers A. geschildert, der ein Weimiden hatte und dem Krankenhausbehandlung vom behandelnden Arzt mit der Begründung verweigert wurde, daß „kein dringender Fall vorliege“. Erst als sich das Weiden nach einiger

Zeit so verschlimmerte, daß der Patient die Schmerzen nicht mehr ertragen konnte, erfolgte die Aufnahme in ein Krankenhaus; aber auch dann erst auf mehrfache Beschwerde beim Rassenvorstand und nach energischem Vorstellwerden beim Vertrauensarzt der Krankenkasse. Nach der Aufnahme ins Krankenhaus wurde „Brand im Bein“ festgestellt und die sofortige Amputation des Beines vorgenommen.

Auf einen Antrag des Betroffenen an das Versicherungsamt, dem Arzt wegen grober Fahrlässigkeit die Rassenpraxis zu entziehen, kam ein ablehnender Bescheid. Die gegen die Ablehnung beim Oberversicherungsamt eingereichte Beschwerde brachte nach 3 Monaten nachstehenden Bescheid: „Die Beschwerde wird abgewiesen, weil Krankenhausbehandlung nach § 184 RVO. nur Rassenvorschrift ist — keine Pflichtleistung der Kasse, die durch eine Aufsichtsbehörde ergangen werden könne; es liegt lediglich im Ermessen des Rassenvorstandes, wenn er sich für das entscheide!“ und „der behandelnde Arzt war daher formell nicht die ausschlaggebende Stelle, die über die Durchführung der Krankenhausbehandlung zu entscheiden hatte.“ Die Entscheidung des OVA. besagt weiter, „daß die Art der Erkrankung zuerst eine konservierende Behandlung erforderte und erst bei deren Erfolglosigkeit operativ vorgegangen werden mußte, also von vornherein keine Krankenhausbehandlung notwendig gewesen sei“. Dieser letzteren Begründung ist entgegengehalten, daß der behandelnde Arzt festgesetzt hatte, es liege „kein dringender Fall vor“, daß aber dann sofortige Amputation notwendig war!

Die Möglichkeit einer derartigen Entscheidung durch das OVA. zeigt, daß im Krankenversicherungsgesek große Mängel vorhanden sind. Der Kranke ist Pflichtmitglied, der nach obiger Begründung der Willkür beliebiger Personen (Rassenvorstand) ausgesetzt ist, die über die notwendigen Maßnahmen zu vorbeugender Behandlung gar nicht entscheiden können, da ihnen die fachliche Vorbildung fehlt. Andererseits bestimmt der § 22 der Satzungen der in Frage kommenden Krankenkasse, daß sich der Kranke unter allen Umständen zu fügen hat, wenn der Arzt die Krankenhausbehandlung anordnet. Es fehlt also im Krankenversicherungsgesek eine Bestimmung, daß dem Erkrankten auf sein Verlangen Krankenhausbehandlung zu gewährt ist, um so mehr, da erfahrungsgemäß die ambulante Behandlung der Krankenkassenpatienten in den oft überfüllten Sprechstunden der Ärzte sehr zu wünschen übrig läßt. Ein derart einseitiges Verfügungsrecht über die Kranken hat bestimmt nicht in der Absicht des Gesekgebers gelegen. Außerdem haftet unserm ganzen Versicherungswesen noch viel Verbesserungsbedürftiges an, das sich im allgemeinen als unschädlich bezeichnen läßt, aber im besonderen Falle die armen Betroffenen schwer schädigen kann. Die Beseitigung der Mängel ist nur durch aufmerksame Beobachtung und ständige Kritik zu erreichen. Zu diesem Zweck sei auch dieser Fall einer ergebnislosen Beschwerde des Geschädigten der Öffentlichkeit unterbreitet.

G. A.

Genossenschaftliches

—ff. Eine weltumspannende Idee und ihre Verwirklichung. In einem Artikel über den „Einfluß F. W. Raiffeisens in der ganzen Welt“, den Professor Dr. W. Lotomians, der bekannte russische Genossenschaftler, im „Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt“ der deutschen Raiffeisengenossenschaften veröffentlichte, ist u. a. festgestellt, daß die Kreditgenossenschaften Raiffeisenscher Art in der ganzen Welt die Zahl 80 000 erreicht haben und somit die stärkste Genossenschaftsgruppe der Welt bilden. Wenigstens nach der Zahl der Organisationen, denen die Konsumgenossenschaften mit ihren 56 000 am nächsten stehen. Und da es im ganzen etwa 300 000 Genossenschaften in der Welt gibt mit rund 50 Millionen Mitgliedern, so zeigt sich, daß Konsumgenossenschaften und Kreditgenossenschaften zusammen nahezu die Hälfte aller genossenschaftlichen Organisationen umfassen. Sicherlich aber mehr als die Hälfte, wenn man die landwirtschaftlichen Genossenschaften überhaupt dazu zählt, unter denen die Kreditgenossenschaften — Darlehenslassenvereine — die stärkste Gruppe bilden. Wenn man jedoch die Zahl der Mitglieder in Betracht zieht, so bilden die Konsumgenossenschaften mit ihren rund 35 Millionen Mitgliederfamilien die stärkste Genossenschaftsgruppe der Welt, denn es verbleiben allen übrigen Genossenschaften nur noch etwa 15 Millionen Mitglieder. Was im übrigen nicht weiter verwunderlich ist, denn die genossenschaftliche Verbraucherbewegung kann nach Weien und Zweck aus sämtlichen Bevölkerungsgruppen rekrutieren, während die übrigen Genossenschaftsarten sich nach landwirtschaftlichen und gewerblichen Gruppen gliedern und im wesentlichen als Produzentengenossenschaften auf ein engeres Rekrutierungsfeld für die Mitgliederzahl angewiesen sind. Um

so reich ist die Artgildebung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftsbewegung.

Die interessanteste Erscheinung in der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung bildet aber jedenfalls die Tatsache, daß die Idee des heiligen Pjarrers Raiffeisen...

Von den rund 40 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland sind mehr als die Hälfte Kreditgenossenschaften, wozu noch etwa 2000 gewerbliche Kreditgenossenschaften kommen.

Im ganzen ergibt die große Linie der Genossenschaftsbewegung einen Ozean finanzieller und wirtschaftlicher Organisationskraft...

Vom Ausland

Griechenland. Der Geschäftsträger der griechischen Republik in Bern hat nach Mitteilung des I.A.B. dem Generalsekretär des Völkerbundes die formelle Ratifikation (Genehmigung) des Uebereinkommens...

Der Mitgliederbestand der japanischen Gewerkschaften. Nach den Statistiken des Sozialamtes gab es Ende Juni 1926 in Japan mehr als 500 Arbeiterverbände oder Bünde mit insgesamt 272 000 Mitgliedern.

Table with 3 columns: Bezirk, Zahl der Verbände, Zahl der Mitglieder. Rows include Osaka, Tokio, Hiogo, Kanagawa.

Diese Gewerkschaftsorganisationen zerfallen in folgende Gruppen:

Table with 3 columns: Organisationsform, Anzahl, Ungefähre Mitgliederzahl. Rows include Berufsverbände, Industrieverbände, Gemischte Verbände.

Eine der wichtigsten Fragen für die japanische Gewerkschaftsbewegung ist die ihrer gesetzlichen Anerkennung. Der Gesetzentwurf eines Gewerkschaftsgesetzes liegt der gegenwärtigen Parlamentstagung vor...

* Die Gemischten Verbände sind vorläufige Organisationen von Arbeitern verschiedener Industrien oder Berufe...

Das alte Verbandsbuch.

Von H. Wenzel.

(Aus einer Sammlung der Freikündelkunst der Arbeiter in Frankfurt a. M. 1910, mitgeteilt von F. Hitz.)

Ich kann den Blick nicht von ihm wenden, Nun abgelaufen seine Frist; Ich halt es immer noch in Händen, Obwohl es reifefertig ist.

Ich löse einmal noch die Hülle, Die manch vergilbtes Blatt umschließt, Von dem in reicher, bunter Fülle So manches alte Zeichen grüßt.

Und wie aus fernen Sphären steigen Mir längst entschwundene Zeiten auf, Da fremd mir waren diese Zeichen Und fremd der Zeiten Ernst und Lauf.

Wo man mir meinen Geist, den jungen, Aufweckte, der noch schlafend lag, Der siegend sich nun durchgerungen Hin auf zum hellen, lichten Tag.

Jetzt weiß ich, was die Zeichen deuten, Ich las ihr stilles ernstes Wort, Und weiß, daß mir zu Sturmzeiten Stets schüpfend winkt ein sicher Ort.

Denn so steht es in goldnen Lettern, Es leuchtet wie von Fahnenbuch Auf allen Seiten, allen Blättern In meinem alten Mitgliedsbuch.

Nun ist es voll, fort muß ichs geben, Belomm ein neues, leer zu sein, Und wie ein Stück von meinem Leben Wird nun das alte von mir gehn...

Literatur

„Der Ladiere“, Zeitschrift für die in Ladierebetrieben beschäftigten Berufskollegen, bringt in dem Leitartikel „Rüsten, nicht reiten“ der Februarnummer eine Betrachtung über den Einfluß der organisierten Macht auf die Sozialgesetzgebung.

Literarisches

„Soziale Bauwirtschaft.“ Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 50 S. Die sieben erschienene Nummer 2 behandelt die Entwicklung der sozialen Baubetriebe Berlins.

Advertisement for 'Fachblatt der Maler' magazine, featuring 'Monatsschrift', 'Zurückblat der Maler', and 'Borzüglliche, gebiegene Ausstattung'.

betrieb die Baustoffhütte. Diese Betriebe beschäftigen in der guten Baugesamt des Jahres 2500 Personen und haben im letzten Jahre allein 1500 Wohnungen gebaut.

„Das Bauwerk“ nennt der Deutsche Baugewerksbund seine in jeder Beziehung gut ausgestattete Fachzeitschrift, deren erste Nummer am 15. Januar herausgegeben ist.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Redakteur Robert Erdmann. 4. Jahrgang 1927. Heft 1. Preis 1.40.

Sterbefälle.

Berlin. Am 14. Januar starb der Kollege Felix Abramet, geboren 17. Mai 1889 in Goray. Chemnitz. Am 5. Januar starb an der Wassersucht unser Mitglied Paul Seiler im Alter von 47 Jahren.

Vom 30. Jan. bis 5. Febr. ist die 5. Beitragswoche.

Anzeigen

Wagenladiere gesucht. Magistrat Bielefeld.

Bergoldergehilfe Hermann Sippel, Würzburg, Gardistenstr. 1 II. sucht baldigst Stellung. Sehr gute Zeugnisse.

Der Maler Fritz Liskow, geboren den 30. Aug. 1894 in Zicher, nach unsern Feststellungen am 17. Juni 1922 in Rathenow dem Verbanne beigetreten (Buch-Nr. 22 504), wird von seinem Vater wegen Erbschaftsregulierung gesucht.